

# Demokratiedefizit

## NRW setzt auf Hierarchie

Noch vor der Landtagswahl im kommenden Jahr will die nordrhein-westfälische Landesregierung ein neues Hochschulgesetz verabschieden. Viele der Regelungen hätte eine konservative Regierung nicht schlimmer gestalten können.

War noch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnisgrünen eine demokratischere innere Ausgestaltung der Hochschulen angekündigt worden, hat sich dies nunmehr in das Gegenteil verkehrt. Die ohnehin schon bestehende Dominanz der ProfessorInnen soll gemäß des vom Kabinett bereits verabschiedeten Entwurfes noch weiter ausgebaut werden. So wurde der Wahlmodus von RektorInnen und DekanInnen verändert. Benötigen diese FunktionsträgerInnen bislang lediglich eine absolute Mehrheit ihres Wahlgremiums, muss in Zukunft auch noch eine Separatmehrheit innerhalb der ProfessorInnen erzielt werden.

Bisher ist es möglich, dass einige dissidente ProfessorInnen gemeinsam mit den VertreterInnen der anderen Gruppen – StudentInnen, wissenschaftliche sowie nichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen – eine/n KandidatIn wählen, die von der Mehrheit der ProfessorInnen abgelehnt wird. Gelegentlich kam es auch zu dieser Situation, aber mit der vorgesehenen Neuregelung ist es nun de facto ausgeschlossen, dass die dominante ProfessorInnengruppe ihre/n KandidatIn nicht durchbringt.

Dieser Effekt verstärkt sich noch dadurch, dass auf breiter Front Entscheidungsprozesse von unten nach oben, von den Gremien hin zu den Dekanaten und Rektoren verlagert werden. Ministerin Behler ist es demnach gelungen, die ohnehin schon hierarchische Struktur innerhalb der Hochschule noch weiter zu entdemokratisieren.

Notwendig wäre dies auf keinen Fall gewesen. Eine andere rot-grüne Landesregierung, nämlich die inzwischen abgewählte hessische, hatte die aufgrund des novellierten Hochschulrahmengesetzes des Bundes notwendigen Änderungen in den Landeshochschulgesetzen dazu genutzt, gerade bei der Wahl der FunktionsträgerInnen den nichtprofessoralen Gruppen größere Rechte einzuräumen.

Neben zahllosen weiteren Kritikpunkten ist insbesondere noch eine Angelegenheit zu nennen, die gerade nicht im Gesetzentwurf steht: Die neuen Bachelor/Master-Studiengänge. Sie sind konsekutiv aufgebaut, das heißt nachdem der Bachelor abgeschlossen hat, kann ein aufbauender Masterstudiengang angeschlossen werden. Nun hat die »Gemeinsame Kommission für die

Studienreform im Land Nordrhein-Westfalen« eine Empfehlung verabschiedet, nach der ein Bachelor-Abschluss keine hinreichende Zugangsvoraussetzung für den Zugang zum Masterstudium sein soll. Zusätzlichen Hürden wird damit Tür und Tor geöffnet. Damit wäre eine Zweiteilung des Studiums in einen einfach gestrickten sechssemestrigen Bachelor für die Masse und einen elitär ausgestalteten Master für wenige de facto umgesetzt. Das Landeshochschulgesetz könnte vorsehen, dass die Masterstudiengänge grundsätzlich offen sein müssten – aber davon ist nichts zu lesen.

StudentInnen und gewerkschaftliche Gruppen laufen seit Monaten Sturm gegen die Pläne von Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD). Zu Beginn sah es noch so aus, als wenn man auf die Unterstützung der grünen Landtagsfraktion rechnen könnte, was sich jedoch als Trugschluss erwies. Zwar hatte sich die wissenschaftspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Ingrid Fitzek, die außerdem dem Wissenschaftsausschuss vorsah, des öfteren im Sinne der StudentInnen geäußert. Jedoch beschloss die Grünen-Fraktion mehrheitlich, Behlers Gesetz zu unterstützen. Damit wurde zugleich – auf dem Rücken der StudentInnen – ein parteiinterner Machtkampf ausgegossen und entschieden, denn Fitzek gehörte zum eher links geneigten Flügel. Nach ihrer Niederlage trat sie von ihren Funktionen zurück, und wurde nicht mehr als Landtagskandidatin aufgestellt – und die NRW-Grünen haben sich damit in Sachen studentInnenfeindlicher Politik der SPD bis zur Ununterscheidbarkeit angenähert.

Olaf Bartz

# Linke an den Hochschulen

## Eckpunkte für studentische Politik

Linke Politik an den Hochschulen zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Hochschulen auch als Ort gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung versteht. Damit unterscheidet sie sich grundsätzlich von unpolitischen und konservativen Ansätzen, die in letzter Konsequenz der überkommenen Vorstellung des Elfenbeinturms verhaftet bleiben.

Die vielfältige Verflechtung der Hochschulen mit der sie umgebenden Gesellschaft muss ihren Niederschlag in der studentischen Politik finden. Aus linker Sicht bedeutet dies, dass die allgemeine genauso wie die Hochschulpolitik nicht nur in den studentischen Gruppen, sondern auch in den studentischen Organen, ob Fachschaft, StudentInnenparlament (SP) oder Allgemeinem StudentInnenausschuss (ASTA) ihren Platz hat. Die von staatlicher und insbesondere gerichtlicher Seite gern betriebene künstliche Trennung von Hochschul- und Allgemeinpolitik hat keine sachliche Begründung, sondern dient in der Praxis lediglich der Gängelung politisch missliebiger ASTen. Dass an vielen Hochschulen in der Bundesrepublik rechtsradikale StudentInnen linke ASTen wegen Wahrnehmung des sogenannten »Politischen Mandates« verklagen, ist Ausdruck dieser Verhältnisse. Demgegenüber bleibt festzuhalten, dass ein mehrheitlich von den StudentInnen gewählter ASTa in der Erfüllung des WählerInnenauftrages nicht behindert werden darf – auch und gerade dann, wenn die gewählten ASTa-tragenden Gruppen sich offen zum Politischen Mandat bekennen.

Adäquaten Ausdruck findet das Politische Mandat hinsichtlich der ASTa-Gestaltung in der Einrichtung auch von solchen Arbeitsbereichen, die keinen genuinen Hochschulbezug innehaben wie etwa Antifaschismus. Hierin drückt sich die Erkenntnis aus, dass die Hochschule keine Insel

darstellt. So gehören faschistische und rassistische Tendenzen nicht nur dann bekämpft, wenn sie direkt an der Hochschule zu Tage treten.

Die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse beim Namen zu nennen und zu kritisieren ist unabdingbarer Bestandteil linker Politik an den Hochschulen. Gleichzeitig gilt es zu betonen, dass diese Tätigkeiten keineswegs eine Verminderung der Arbeit zur Bildungspolitik im engeren Sinn bedeuten. Im Gegenteil fällt bei unpolitischen und konservativen ASTen stets auf, dass ihre selbstgewählte Verengung des Blickwinkels auf reine Hochschulpolitik zu negativen Resultaten führt. Hinzuweisen ist, dass besagte unpolitisch-konservative ASTen natürlich immanent ihre Weltbilder in die ASTa-Arbeit einfließen lassen, diesen Vorgang jedoch bewusst ausblenden.

Eine weitere Konsequenz besteht darin, dass linke studentische Politik keine ständischen Formen annimmt. Ständisch meint hierbei, seine Forderungen ausschließlich auf StudentInnen zu beziehen, etwa nur mehr Wohnheimplätze zu verlangen, ohne gleichzeitig die Wohnraumsituation in der Stadt zu thematisieren. Kennzeichen linker Politik ist hingegen, derartiger Selbstbezogenheit die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen entgegenzusetzen, um gleichzeitig ein Gegeneinanderauspielen zu vermeiden.

Linke Politik, so sie sich im Sinn der AL als basisdemokratische versteht, beruht elementar auch auf der Anerkennung selbstgewählter Organisationsformen. Zu nennen sind insbesondere Fachschaften und Autonome Referate.

Schließlich gehört eine umfangreiche Servicearbeit zur Selbstverständlichkeit. Hilfen für den Alltag, etwa durch Beratungsangebote und Broschüren, Unterstützung dabei, die eigenen Rechte zu kennen und wahrzunehmen, sind ein steter Auftrag – gerade auch für die ASTa-Tätigkeit.

### Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung



## Neues Sozialinfo

Wie bekomme ich BAföG? Steht mir Wohngeld zu? Ab wann muß ich Abgaben zur Sozialversicherung leisten? Diese und noch mehr Fragen zu studentischen Sorgen beantwortet diese Informationsbroschüre. Herausgegeben wird sie von der Alternativen Liste (AL) der Uni Köln. Die Broschüre ist kostenlos an den AL-Infoständen erhältlich.

Gegen 3 Mark (plus 3 Mark Porto) ist sie erhältlich bei:  
Alternative Liste  
c/o PH-ASTA Köln  
Gronewaldstr. 2  
50931 Köln

# Der Q-Handel

## ASTa will Standort Deutschland retten

Eines der derzeitigen staatlichen Sparprojekte, in diesem Fall seitens der rot-grünen Landesregierung, heißt »Qualitätspakt«. Abseits jeglicher Augenwischerei des Wissenschaftsministeriums beinhaltet er die Streichung von 2000 Stellen an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Von den Streichungen wird überwiegend der wissenschaftliche Nachwuchs betroffen sein.

Gestrichen wird dabei insbesondere in angeblich »gesellschaftlich unwichtigen« Fächern. Als solche verstanden werden beispielsweise Geistes- und Erziehungswissenschaften, die nicht unmittelbar Profitinteressen dienen. In diesen Bereichen werden teilweise ganze Institute geschlossen. Dazu erstellten die Universitäten »Strukturpläne«, die bald von einem demokratisch nicht legitimierten »Expertenrat« überprüft werden, und zwar nach Kriterien wie Wettbewerbsfähigkeit oder »Forschungsqualität«. Letztere wird daran gemessen, wieviel »Drittmittel«, also Gelder aus der Wirtschaft, das jeweilige Fach bekommt – also wie interessant es Konzernern erscheint oder deren Interessen dient.

Die Ausrichtung an Interessen der herrschenden Ökonomie wird auch an einer anderen Stelle

deutlich: 1000 der 2000 Stellen sollen gegenfinanziert werden, das Geld soll also an die Hochschulen zurückfließen. Diese Finanzmittel werden wiederum nur »gesellschaftlich bedeutsamen« Fachbereichen zur Verfügung gestellt – primär für Sachmittel, nicht für neue Stellen. Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Studium wird noch stärker als bisher Interessen der Verwertung und des Profits unterworfen, die Wahlfreiheit der Studienfächer durch die Schließung von Instituten eingeschränkt. Die sowieso miserable Betreuungsrelation wird sich weiter verschlechtern. Das bedeutet dann überfüllte Hörsäle und Seminare sowie ein »anonymes« Studium. Langfristig wird das erfahrungsgemäß denen Auftrieb geben, die für eine Reduzierung der StudentInnenzahl eintreten, und das heißt: die Selektionsmechanismen wie Numerus Clausus und BAföG-Kürzungen werden verstärkt, so dass noch weniger Menschen als heute ihr Recht auf Bildung wahrnehmen können.

Die Kritik des derzeitigen ASTa aus »Unabhängigen«, RCDS und LUST am »Qualitätspakt«, formuliert von Leif Kniggendorf (LUST) in einem Rundbrief an die Fachschaften, geht in eine völ-

lig falsche Richtung. Dort wird das Vorhaben, »den wirtschaftlichen Leistungsbegriff auf universitärer Ebene zu etablieren«, kritisiert, jedoch mit der Begründung, »die dafür benötigten Parameter« ließen »sich für Hochschulen nur sehr schwer formulieren«. Die Ausrichtung an den Interessen des Kapitals wird nicht kritisiert, sondern nur, dass sie schwer umsetzbar sei. Und wenn nicht? Stimmt der ASTa zu, wenn die geeigneten »Bewertungskriterien« gefunden sind? Gegen den »wirtschaftlichen Leistungsbegriff« scheint er ja prinzipiell nichts zu haben.

In die gleiche Richtung zielt auch die Kritik, die Stellenstreichungen seien »das ungeeignetste Mittel, den Bildungsstandort Deutschland zu modernisieren« (Rückmeldung, 13.9.1999). Für den ASTa ist der einzige Kritikpunkt am Qualitätspakt, dass die Hochschulen nicht optimal an wirtschaftliche Interessen angepasst werden. Prinzipiell scheint es richtig zu sein, »Deutschland« in nationalstatischer Standort-Manier für den »globalen« Konkurrenzkampf fit zu machen. Es geht dem ASTa nicht um emanzipatorische Bildung und schon gar nicht um Bildung für alle Menschen. In diesem Zusammenhang sind dann wohl auch

die zahlreichen Äußerungen des ASTa zu verstehen, er sei eine reine »Interessenvertretung der StudentInnen«. Soll also beispielsweise bei der Sozialhilfe statt bei den Universitäten gekürzt werden?

Zumindest tritt der ASTa in keiner Weise der sich aufdrängenden Meinung entgegen, dass hier Menschen gegeneinander ausgespielt werden

sollen: NRW gegen andere Bundesländer, Deutschland gegen andere Staaten, StudentInnen gegen Nicht-StudentInnen. Damit wird seine Kritik am »Qualitätspakt« aber zur wirkungslosen Interessenpolitik, der eben andere Interessen entgegenstehen.

Nicht einmal dies setzen die ASTa-Gruppen konsequent um. Bei der Abstimmung über den »Qualitätspakt« im Senat der Universität enthielt sich der Vertreter der »Unabhängigen« der Stimme.



Florian Kappeler/  
Markus Struben